



Nach der Ankündigung der Strompreis- und der Gaspreisbremse hat sich zwischenzeitlich eine neue Beschlusslage ergeben. Bund und Länder haben sich darauf verständigt, dass im Wirtschaftsstabilisierungsfonds 1 Mrd. Euro für die Kultureinrichtungen vorgesehen ist. Die Details dazu sind aktuell noch Gegenstand von Verhandlungen auf Bundesebene und zwischen Bund und Ländern.

Aufbauend auf den beim Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen erprobten Strukturen, sollen rasch die Details, insbesondere die Zielgruppen und die verwaltungsmäßigen Verfahren festgelegt werden. Dabei geht es uns besonders um den Erhalt von Kulturangeboten, von Kinos über die Theater und Konzerte, aber auch um die Einrichtungen wie Museen, die in ihren Haushalten keine Mittel zur Bewältigung der Krise haben.

Unter der Voraussetzung der Mitfinanzierung durch den Bund stimmte die Kultur-MK einstimmig der Weiterführung der Kontaktstelle für Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten für den Zeitraum 2023 bis 2028 zu.

Zur sozialen Lage der Künstlerinnen und Künstler liegt ein federführend von NRW erarbeitetes Gutachten vor. Darin wird eine eigenständige Absicherung der Künstlerinnen und Künstlern in der Künstlersozialversicherung empfohlen. Dabei geht es aber auch um die Sicherstellung einer fairen Vergütung für Künstlerinnen und Künstler. Für den Theaterbereich wurde dies durch die Anhebung der Mindestlöhne in diesem Jahr erreicht.

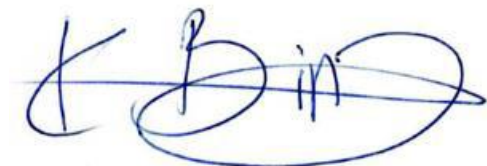
Vorbehaltlich der Bereitschaft der BKM zur hälftigen Finanzierung zur Verstetigung des Projekts Bundesweite Kulturstatistik sind die Länder bereit, ab 2023 die auf sie entfallenden Kosten von 198.000 Euro gemäß Königsteiner Schlüssel zu übernehmen.

Die Kultur-MK beschloss einstimmig, den Länderanteil für die Finanzierung der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung ab 2023 um 76.125 Euro zu erhöhen (Aufteilung gemäß Königsteiner Schlüssel).

Breiten Raum nahm die Diskussion über die Reform der Stiftung Preußischer Kulturbesitz ein. Nach Vorlage hierzu erstellter Gutachten sind noch einige Fragen offen. Alle sind sich über die Notwendigkeit einer Reform der Stiftung einig. Zugleich ist allen bewusst, dass die SPK zukünftig noch mehr Geld brauchen wird und dass die Bereitschaft der Länder, sich über den bisherigen Finanzierungsbetrag hinaus zu beteiligen, derzeit gering ist.

Unter „Verschiedenes“ wurde die Documenta bzw. der dabei zum Vorschein gekommene Antisemitismus thematisiert. In einem Kamingsgespräch, zu dem Hessen im Januar einladen wird, soll besprochen werden, was sich aus dem Debakel lernen lässt.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'K Binz'. The signature is stylized with a large, sweeping loop that encompasses the letters 'Binz'.

Katharina Binz  
Ministerin